

1971	Ausgegeben zu Bonn am 13. März 1971	Nr. 13
Tag	Inhalt	Seite
5. 3. 71	Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifnr. 22.05 aus Algerien	113
6. 3. 71	Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Europäische Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre	116
27. 1. 71	Bekanntmachung des Kulturabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien	117
2. 3. 71	Bekanntmachung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister van Economische Zaken der Niederlande über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölzerzeugnissen	122

Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifnr. 22.05 aus Algerien

Vom 5. März 1971

Auf Grund des § 77 Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe b und Abs. 9 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 529) wird verordnet:

§ 1

In der Anlage zu § 1 der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifnr. 22.05 aus Algerien vom 11. September 1968 (Bundesgesetzblatt II S. 854), zuletzt geändert durch die Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifnr. 22.05 aus Algerien vom 23. Dezember 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1369), werden die Anmerkungen 1 und 2 mit Wirkung vom 1. November 1970 wie folgt geändert:

1. In der Anmerkung 1 wird die Angabe „380 000 hl“ ersetzt durch: „410 000 hl“.
2. In der Anmerkung 2 wird die Angabe „217 000 hl“ ersetzt durch: „234 000 hl“.

§ 2

Die Anlage zu § 1 der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifnr. 22.05 aus

Algerien vom 11. September 1968 erhält mit Wirkung vom 1. Januar 1971 die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

§ 3

Die in der Anmerkung 2 der Anlage zu § 2 dieser Verordnung festgesetzten Zollsätze werden im Rahmen der Kontingentsmenge auf Antrag auch für die dort bezeichneten Waren angewendet, die in der Zeit nach Erschöpfung der bisher festgesetzten Kontingentsmenge bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung zum freien Verkehr abgefertigt und die nachweislich zu dem jeweils begünstigten Zweck verwendet worden sind.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 5. März 1971

Der Bundesminister der Finanzen
Möller

Anlage
 (zu § 2)

Tarif- nummer	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
22.05	Wein aus frischen Weintrauben; mit Alkohol stummgemachter Most aus frischen Weintrauben: A. Schaumwein	146,40 DM für 100 l
	B. Wein in Flaschen mit Schaumweinkorken, die durch besondere Halte- vorrichtungen befestigt sind, sowie Wein in anderen Umschließungen, mit einem Druck von mindestens 1 atü und weniger als 3 atü, gemessen bei einer Temperatur von 20° C	146,40 DM für 100 l
	C. andere: <ul style="list-style-type: none"> I. mit einem Gehalt an Alkohol von 13° oder weniger und in Behältnissen mit einem Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> a) von 2 Liter oder weniger 43,92 DM für 100 l b) von mehr als 2 Liter 32,94 DM für 100 l II. mit einem Gehalt an Alkohol von mehr als 13° bis 15° und in Behältnissen mit einem Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> a) von 2 Liter oder weniger 51,24 DM für 100 l b) von mehr als 2 Liter 40,26 DM für 100 l III. mit einem Gehalt an Alkohol von mehr als 15° bis 18°: <ul style="list-style-type: none"> a) mit Ursprungsbezeichnung, in Behältnissen mit einem Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> 1. von 2 Liter oder weniger 50,50 DM für 100 l 2. von mehr als 2 Liter: <ul style="list-style-type: none"> aa) Port, Madeira, Sherry und Moscatel de Setubal 40,99 DM für 100 l bb) andere 43,92 DM für 100 l b) andere, in Behältnissen mit einem Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> 1. von 2 Liter oder weniger 62,22 DM für 100 l 2. von mehr als 2 Liter 51,24 DM für 100 l IV. mit einem Gehalt an Alkohol von mehr als 18° bis 22°: <ul style="list-style-type: none"> a) mit Ursprungsbezeichnung, in Behältnissen mit einem Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> 1. von 2 Liter oder weniger 54,16 DM für 100 l 2. von mehr als 2 Liter: <ul style="list-style-type: none"> aa) Port, Madeira, Sherry und Moscatel de Setubal 44,65 DM für 100 l bb) andere 47,58 DM für 100 l b) andere 69,54 DM für 100 l 	

Tarifnummer	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
(22.05)	<p>V. mit einem Gehalt an Alkohol von mehr als 22°, in Behältnissen mit einem Inhalt:</p> <p>a) von 2 Liter oder weniger</p> <p>b) von mehr als 2 Liter</p> <p>Anmerkungen</p> <p>1. Wein aus Absatz C I b), ausgenommen Weißwein, und Wein des Absatzes C II b), mit Ursprung in Algerien, 424 000 hl vom 1. Januar 1969 bis 31. März 1971, gegen Vorlage eines Kontingentscheines des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt am Main:</p> <p>a) Wein aus Absatz C I b), ausgenommen Weißwein</p> <p>b) Wein des Absatzes C II b)</p> <p>2. Wein aus den Absätzen C I b), C II b), C III b) 2, C IV b) und C V b), mit Ursprung in Algerien, 242 000 hl vom 15. September 1968 bis 31. März 1971, zum Herstellen von Weindestillat, Wermutwein oder Weinessig oder zum Verschneiden mit inländischem Rotwein, unter zollamtlicher Überwachung</p> <p>Auf die Kontingentsmengen in den Anmerkungen 1 und 2 werden die Mengen angerechnet, die im Rahmen der Zollkontingente nach den Anmerkungen 6 und 7 der Anlage zu § 1 der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifnr. 22.05 aus Algerien vom 11. September 1968 (Bundesgesetzbl. II S. 854) in der Fassung der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifnr. 22.05 aus Algerien vom 2. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. II S. 1963) eingeführt worden sind.</p>	<p>5,85 DM für 100 l je Grad Alkohol + 36,60 DM für 100 l</p> <p>5,85 DM für 100 l je Grad Alkohol</p> <p>16,47 DM für 100 l</p> <p>20,13 DM für 100 l</p> <p>25 v. H. des jeweils in Betracht kom- menden Zoll- satzes des Gemeinsamen Zolltarifs</p>

**Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen
an die Europäische Organisation für Astronomische Forschung
in der Südlichen Hemisphäre**

Vom 6. März 1971

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 639), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Februar 1964 (Bundesgesetzbl. II S. 187), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Bestimmungen des Artikels II § 3, des Artikels III §§ 9 und 10, des Artikels IV §§ 11 und 12, des Artikels VI § 18 und § 19 Buchstaben d und f des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen finden sinngemäß auf die Europäische Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre Anwendung.

§ 2

(1) Nach Maßgabe der Bedingungen und Verfahrensregeln, die der Rat der Europäischen Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre binnen einem Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung festlegt und in Kraft setzt, sind die Mitglieder des Personals der Organisation für die von dieser gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge zugunsten der Organisation steuerpflichtig. Von diesem Zeitpunkt an sind diese Gehälter und Bezüge von dem Teil der deutschen Einkommensteuer befreit, der auf diese Gehälter und Bezüge entfällt. Unberührt bleibt jedoch das Recht, die Gehälter und Bezüge bei der Festsetzung des auf Einkommen aus anderen Quellen zu erhebenden Steuerbetrages zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Renten und Ruhegehälter, die von der Organisation an ehemalige Mitglieder des Personals gezahlt werden.

§ 3

Für die Organisation und die Mitglieder ihres Personals gelten nicht die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, in der gesetzlichen Unfallversicherung und in der gesetzlichen Krankenversicherung, soweit diese Mitglieder einem System der sozialen Sicherheit mit ausreichenden Leistungen, das die Organisation als eigenes System einrichtet und unterhält, oder einem System der sozialen Sicherheit einer anderen zwischenstaatlichen Organisation mit ausreichenden Leistungen, dem sich die Organisation anschließt, angehören.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1964, auch im Land Berlin.

§ 5

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Übereinkommen vom 5. Oktober 1962 zur Gründung einer Europäischen Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 43) außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 6. März 1971

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft
Leussink

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Der Bundesminister der Finanzen
Möller

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Walter Arendt

**Bekanntmachung
des Kulturabkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien
Vom 27. Januar 1971**

In Bonn ist am 9. Juni 1969 ein Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien unterzeichnet worden.

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 18
am 17. Dezember 1970
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. Januar 1971

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

Kulturabkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien

Acôrdo
Cultural entre o Govêrno da República Federal da Alemanha
e o Govêrno da República Federativa do Brasil

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Föderativen Republik Brasilien,

O Govêrno da República Federal da Alemanha
e
o Govêrno da República Federativa do Brasil,

in dem Bestreben, die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet in freundschaftlichem Geiste zu erhalten und zu erweitern sowie die traditionellen Kulturbeziehungen und das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Völkern zu verstärken, sind übereingekommen, ein Kulturabkommen abzuschließen und

no intuito de manter e expandir, num espírito de amizade, a cooperação no domínio cultural e a fim de incrementar as relações culturais e a compreensão mútua tradicionalmente existente entre os dois países, resolveram concluir um Acôrdo Cultural e

haben folgendes vereinbart:

convieram no seguinte:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird bemüht sein, den Austausch auf den Gebieten der Erziehung, Kultur und Wissenschaft zwischen Deutschen und Brasilianern zu fördern und hierzu die Schaffung kultureller Einrichtungen im eigenen Land zu unterstützen, welche der Verbreitung der Sprache und der sonstigen kulturellen Werte der anderen Vertragspartei sowie der Verwirklichung der allgemeinen Ziele dieses Abkommens dienen.

Artigo 1

Cada Parte Contratante propõe-se a promover o intercâmbio educacional, cultural e científico entre alemães e brasileiros, estimulando a criação, em seu território, de instituições culturais dedicadas à difusão do idioma e demais valores culturais da outra Parte, com vista à realização dos objetivos gerais do presente Acôrdo.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird sich bemühen, die Einrichtung von Dozenten, Lektoraten und Kursen zur Unterweisung in der portugiesischen Sprache und brasilianischen Kultur an Universitäten und sonstigen Hochschulen sowie die Gründung von Instituten für brasilianische Studien zu fördern.

Artigo 2

(1) O Govêrno da República Federal da Alemanha empenhar-se-á no sentido de favorecer a instituição de cátedras, leitorados e cursos de língua portuguesa e cultura brasileira, em universidades e outros estabelecimentos de ensino superior, bem como a fundação de institutos de estudos brasileiros.

(2) Die Regierung der Föderativen Republik Brasilien wird sich bemühen, den Unterricht in der deutschen Sprache und Kultur an Universitäten und sonstigen Hochschulen aufrecht zu erhalten und zu fördern. Die der Bundesaufsicht unterstehenden öffentlichen oder privaten höheren Schulen sind berechtigt, die deutsche Sprache als Wahlpflichtfach in ihren Lehrplan aufzunehmen.

(2) O Govêrno da República Federativa do Brasil empenhar-se-á no sentido de manter e estimular o ensino da língua e cultura alemã em universidades e outros estabelecimentos de ensino superior. As escolas secundárias, oficiais ou particulares sob inspeção federal, têm a faculdade de incluir a língua alemã em seu currículo como disciplina curricular optativa.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, wenn besondere Umstände es erfordern, im Rahmen der in ihrem Land geltenden Gesetze und in einer später noch festzulegenden Anzahl die Einrichtung von Schulen oder Lehrgängen für Schüler mit der Staatsangehörigkeit des anderen Landes zuzulassen, deren Eltern sich auf Zeit innerhalb ihres Hoheitsgebietes niedergelassen haben. Der Lehrplan wird demjenigen des Ursprungslandes der Schüler entsprechen, wobei zusätzlich jeweils Deutsch bzw. Portugiesisch als Pflichtfach gelehrt wird.

Artigo 3

(1) Cada Parte Contratante procurará — sempre que circunstâncias especiais o exigirem — admitir, de acôrdo com a legislação vigente em cada país, a criação, em número a ser determinado por regulamentação posterior, de escolas ou cursos destinados a estudantes de nacionalidade da outra Parte Contratante, cujos pais estejam residindo temporariamente em seu território. O currículo escolar seguirá o programa de ensino do país de origem do estudante, incluindo ademais, em caráter obrigatório, o ensino da língua portuguesa e alemã, respectivamente.

(2) Das Land, in dem diese Schulen liegen, ist nicht verpflichtet, die Gültigkeit der von den oben erwähnten Schulen und Lehrgängen erteilten Zeugnisse anzuerkennen.

(2) O País em que as referidas escolas estiverem localizadas não estará na obrigação de reconhecer a validade dos diplomas concedidos pelas mesmas escolas ou cursos.

Artikel 4

Jede Vertragspartei wird bemüht sein, die Beziehungen zwischen den beiderseitigen Universitäten, sonstigen Hochschulen und anderen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie den Austausch von Professoren, Wissenschaftlern, Lehrern, Studenten und Schülern zu fördern.

Artikel 5

Jede Vertragspartei wird bemüht sein, Studenten mit abgeschlossenem Hochschulstudium, Fachkräften, Forschern, Wissenschaftlern oder Künstlern der anderen Vertragspartei Stipendien zur Fortbildung auf ihren verschiedenen Fachgebieten zu verleihen.

Artikel 6

Jede Vertragspartei wird bemüht sein, den Austausch von Veröffentlichungen und Dokumenten amtlicher und nicht amtlicher Art, wie auch den Austausch von Veröffentlichungen und Dokumenten zwischen den Universitäten und sonstigen Hochschulen, Akademien, wissenschaftlichen Gesellschaften und kulturellen Einrichtungen im Hoheitsgebiet der beiden Vertragsparteien zu fördern und zu erleichtern.

Artikel 7

Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, der anderen Partei bei deren kulturellen Unternehmungen auf ihrem Hoheitsgebiet Erleichterungen zuteil werden zu lassen, insbesondere für die Veranstaltung von Ausstellungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst, die Verbreitung und Übersendung von Büchern und anderen Veröffentlichungen, die Reproduktion von Kunstwerken, Vorträge, Seminare und Konzerte, Theater- und Ballettaufführungen, Vorführungen von Kultur- und Spielfilmen, Rundfunk- und Fernseh-Übertragungen, Schallplatten- und Tonbandaufnahmen sowie für sonstige der Verbreitung ihrer kulturellen Werte und dem Bekanntmachen ihrer touristischen Sehenswürdigkeiten dienende Mittel.

Artikel 8

Jede Vertragspartei wird bemüht sein, im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auf ihrem Hoheitsgebiet die Einfuhr sowie die etwaige Ausfuhr von wissenschaftlichen Instrumenten, von Lehrmaterial, Kunstwerken, Büchern und Dokumenten oder sonstigen kulturellen Gegenständen der anderen Vertragspartei zu erleichtern, die zur wirksamen Durchführung der in diesem Abkommen vorgesehenen Betätigung beitragen oder die als Ausstellungsmaterial zeitlich begrenzter Ausstellungen in das Ursprungsland zurückkehren sollen.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei wird bemüht sein, Studenten, die Staatsangehörige der anderen Vertragspartei sind, die Zulassung zu ihren Bildungsanstalten nach Maßgabe der in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Bestimmungen zu ermöglichen. In dieser Hinsicht wird jede Vertragspartei die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die gegenseitige Anerkennung von akademischen Graden, Diplomen und Hochschulzeugnissen zur Feststellung ihrer Gleichwertigkeit prüfen.

(2) Zeugnisse über die erfolgreiche Ablegung der ersten und zweiten deutschen Staatsprüfung für das Lehramt in deutscher Sprache an Gymnasien sowie Zeugnisse des Goethe-Instituts in München über die Befähigung zur Erteilung deutschen Sprachunterrichts befähigen deren Inhaber auch zur Erteilung deutschen Sprachunterrichts an brasilianischen Unterrichtsstätten der gleichen Stufe. Die

Artigo 4

Cada Parte Contratante procurará estimular as relações entre as suas universidades, outros estabelecimentos de ensino superior e demais instituições culturais e científicas da outra Parte, bem como favorecer o intercâmbio de professores universitários, secundários e primários, de cientistas e de estudantes.

Artigo 5

Cada Parte Contratante procurará conceder bolsas de estudo subsidiadas a estudantes pós-graduados, profissionais, pesquisadores, cientistas e artistas da outra Parte, a fim de prosseguirem estudos nos diversos campos de suas especialidades.

Artigo 6

Cada Parte Contratante procurará estimular e facilitar o intercâmbio de publicações e documentos, de caráter oficial ou não, assim como a permuta de publicações e documentos entre as universidades, outros estabelecimentos de ensino superior, academias, sociedades científicas e instituições culturais no território de ambas as Partes.

Artigo 7

Cada Parte Contratante procurará facilitar, em seu território, a organização de empreendimentos culturais da outra Parte particularmente por intermédio da organização de exposições científicas, artísticas, da difusão e tradução de livros e outras publicações, da reprodução de obras de arte, de conferências, de seminários, de concertos, de representações teatrais, de apresentações de bailado, de exhibições de películas cinematográficas, artísticas e de documentários, de programas de rádio e televisão, da gravação de discos e fitas magnéticas, bem como de outros meios de divulgação de seus valores culturais e atrações turísticas.

Artigo 8

Cada Parte Contratante, de conformidade com as disposições legais vigentes sobre a matéria, procurará facilitar a admissão, em seu território, assim como a saída eventual, de instrumentos científicos, material pedagógico, obras de arte, livros, documentos e demais objetos de caráter cultural, procedentes da outra Parte e que contribuam para o eficaz desenvolvimento das atividades compreendidas no presente Acôrdo, ou que se destinem a exposições culturais temporárias e que devam retornar ao território de origem.

Artigo 9

(1) Cada Parte Contratante procurará facultar, em seus estabelecimentos de ensino, a matrícula de estudantes de nacionalidade da outra Parte Contratante, respeitados os dispositivos regulamentares vigentes em cada país. A esse respeito, cada uma das Partes Contratantes estudará as possibilidades porventura existentes e as condições para o reconhecimento recíproco de títulos, diplomas e atestados de cursos de nível superior, com o objetivo de estabelecer a sua equivalência.

(2) Diplomas que atestem ter sido prestados, com êxito, o 1º e 2º Exames de Estado Alemão para o ensino da língua alemã em estabelecimentos de ensino secundário, bem como os certificados, concedidos pelo Instituto Goethe de Munique, de habilitação para o ensino da língua alemã, credenciarão seus titulares a ministrar o ensino da língua alemã, em estabelecimentos brasileiros de

von den philosophischen Fakultäten Brasiliens ausgestellten Lehrbefähigungsdiploome für Literatur- und Sprachunterricht an höheren Schulen befähigen deren Inhaber auch zur Erteilung portugiesischen Sprachunterrichts an solchen deutschen Lehranstalten.

Artikel 10

Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, im Bereich ihres Hoheitsgebietes die Lizenzerteilung zur Wiedergabe von Kunstwerken und musikalischen Kompositionen sowie zur Übersetzung literarischer, wissenschaftlicher und technischer Werke von Autoren, die Staatsangehörige der anderen Vertragspartei sind, im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien und unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über das Urheberrecht zu fördern.

Artikel 11

Jede Vertragspartei wird sich dafür einsetzen, daß die in ihrem Gebiete verwendeten Schulbücher eine zutreffende Vorstellung vom Lebensstil und der Kultur des anderen Landes vermitteln.

Artikel 12

Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, die Durchführung von Ferienkursen für Lehrkräfte und Studierende des anderen Landes zu fördern.

Artikel 13

Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, Besuche von Einzelpersonen und Gruppen, welche die Kultur der anderen Vertragspartei repräsentieren, durch Einladungen und die Gewähr von Beihilfen zu fördern.

Artikel 14

Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, im Rahmen des Möglichen auf die Austragung sportlicher Wettkämpfe zwischen beiden Ländern und auf die Zusammenarbeit ihrer der Pflege und Betreibung von Leibesübungen gewidmeten Organisationen hinzuwirken.

Artikel 15

(1) Zur Erteilung von Anregungen und Empfehlungen und zur Beratung der Vertragsparteien wird ein Ständiger Gemischter Deutsch-Brasilianischer Ausschuß gebildet. Dieser Ausschuß besteht aus zwei Abteilungen, einer deutschen am Sitz der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und einer brasilianischen mit Sitz in Brasília.

(2) Jede Abteilung besteht aus einem Vorsitzenden sowie zwei deutschen und zwei brasilianischen Mitgliedern. Der Vorsitzende der deutschen Abteilung ist ein deutscher, der Vorsitzende der brasilianischen Abteilung ein brasilianischer Staatsangehöriger.

(3) Der Vorsitzende der deutschen Abteilung sowie die deutschen Mitglieder beider Abteilungen werden vom Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den beteiligten Bundesministern und den Kultusministern der Länder der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Der Vorsitzende der brasilianischen Abteilung sowie die brasilianischen Mitglieder beider Abteilungen werden vom Außenminister der Föderativen Republik Brasilien im Benehmen mit dem Erziehungs- und Kultusminister bestellt.

ensino de nível correspondente. Os diplomas de licenciatura em letras, expedidos por Faculdades de Filosofia do Brasil, e habilitando para o ensino em estabelecimentos de nível secundário credenciarão seus titulares a ministrar o ensino da língua portuguesa em estabelecimentos alemães de ensino de nível correspondente.

Artigo 10

Cada Parte Contratante procurará favorecer a concessão de licenças, em seus respectivos territórios, para a reprodução de obras artísticas, de composições musicais e para a tradução de obras literárias, científicas e técnicas da autoria de nacionais da outra Parte, em concordância com as obrigações internacionais das Partes Contratantes e respeitadas as disposições legais referentes ao Direito Autoral.

Artigo 11

Cada Parte Contratante empenhar-se-á no sentido de que os livros escolares utilizados em seu território transmitam uma noção exata do estilo de vida e da cultura do outro país.

Artigo 12

Cada Parte Contratante procurará estimular a realização de Cursos de férias, para professores e estudantes do outro país.

Artigo 13

Cada Parte Contratante procurará promover, mediante convites e a concessão de ajuda financeira, a realização de visitas de personalidades e grupos representativos da cultura da outra Parte.

Artigo 14

Cada Parte Contratante procurará encorajar, na medida do possível, a realização de competições esportivas entre os dois países e estreitar a colaboração das organizações dedicadas ao cultivo e prática da educação física das duas partes.

Artigo 15

(1) Para a apresentação de sugestões e recomendações, bem como para a realização de consultas entre as Partes Contratantes, será criada, em caráter permanente, uma Comissão Mista Brasil-Alemanha, composta da Seção Alemã, com sede no lugar em que estiver sediado o Governo da República Federal da Alemanha, e da Seção Brasileira, com sede em Brasília.

(2) Cada Seção será constituída de um Presidente, dois membros alemães e dois membros brasileiros. A Seção Alemã será presidida por uma pessoa de nacionalidade alemã, e a Seção Brasileira será presidida por uma pessoa de nacionalidade brasileira.

(3) O Presidente da Seção Alemã da Comissão Mista e os membros alemães de ambas as Seções serão nomeados pelo Ministro de Estado das Relações Exteriores da República Federal da Alemanha, em comum acôrdo com os Ministros Federais interessados e dos Ministros da Educação e Cultura dos diversos Estados da República Federal da Alemanha. As nomeações do Presidente da Seção Brasileira da Comissão Mista e dos membros brasileiros de ambas as Seções serão feitas pelo Ministro das Relações Exteriores da República Federativa do Brasil, em comum acôrdo com o Ministro da Educação e Cultura da República Federativa do Brasil.

(4) Die beiden Abteilungen des Ständigen Gemischten Ausschusses treten nach Bedarf, mindestens aber alle zwei Jahre zusammen. Für die ordnungsgemäße Besetzung des Gesamtausschusses genügt es, wenn an den Sitzungen der einen Abteilung der Vorsitzende oder ein von diesem bestimmtes Mitglied der anderen Abteilung teilnimmt. Den Vorsitz führt jeweils der Vorsitzende der Abteilung, in deren Land die Sitzung stattfindet.

(5) Der Ständige Gemischte Ausschuss und jede Abteilung können Sachverständige als fachliche Berater hinzuziehen.

Artikel 16

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet das Wort „Land“ außer in Artikel 15 Absatz 3 und in Artikel 17 die Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 17

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Föderativen Republik Brasilien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 18

Jede der beiden Vertragsparteien benachrichtigt die andere über den Abschluß der nach ihrem Verfassungsrecht für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Formalitäten. Das Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Zugang der letzten Benachrichtigung in Kraft und gilt bis zu dem Ablauf von sechs Monaten nach dem Tage der Kündigung durch eine der Vertragsparteien.

GESCHEHEN zu Bonn am 9. Juni 1969 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Willy Brandt

Für die
Regierung der Föderativen Republik Brasilien
José de Magalhães Pinto

(4) As duas Seções permanentes da Comissão Mista reunir-se-ão, sempre que fôr julgado conveniente e pelo menos uma vez cada dois anos. Para a constituição regulamentar do Plenário da Comissão é suficiente que, da reunião de uma das Seções da Comissão Mista, participe o Presidente da outra ou representante por êle indicado. A presidência caberá ao presidente da Seção em cujo país a reunião fôr realizada.

(5) A Comissão Mista Permanente e cada Seção da mesma poderão convocar peritos, na qualidade de consultores técnicos.

Artigo 16

Para fins do presente acôrdo, a palavra „Land“ significa a República Federal da Alemanha, excetuadas as estipulações contidas nos artigos 15 (3) e 17.

Artigo 17

Êste acôrdo se aplicará também ao Land Berlin desde que o Govêrno da República Federal da Alemanha não envie ao Govêrno da República Federativa do Brasil declaração em contrário dentro dos três meses que se seguirem à entrada em vigor do presente Acôrdo.

Artigo 18

Cada uma das Partes Contratantes notificará a outra da conclusão das formalidades requeridas pelas respectivas disposições constitucionais para a vigência do presente Acôrdo, o qual entrará em vigor trinta dias após a data de recebimento da última notificação prolongando-se sua vigência até seis meses após a data em que fôr denunciado por uma das Partes Contratantes.

FEITO em Bonn aos 9 de junho de 1969 em quatro vias originais, duas em lingua alemã e duas em lingua portuguesa, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Pelo Govêrno da República Federal da Alemanha
Willy Brandt

Pelo Govêrno da República Federativa do Brasil
José de Magalhães Pinto

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister van Economische Zaken der Niederlande
über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen
Vom 2. März 1971**

Am 18. Dezember 1970 ist zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister van Economische Zaken der Niederlande ein Abkommen über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen abgeschlossen worden. Bestände, die in dem einen Vertragsstaat lagern, können unter näher geregelten Voraussetzungen zur Erfüllung der Vorratspflicht in dem anderen Vertragsstaat herangezogen werden.

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 10
am 18. Dezember 1970
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. März 1971

Der Bundesminister für Wirtschaft
Im Auftrag
Dr. Lantzke

Abkommen
zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister van Economische Zaken der Niederlande
über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl
und Erdölerzeugnissen

Akkoord
tussen de Bundesminister für Wirtschaft van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Minister van Economische Zaken van Nederland
met betrekking tot het wederzijds meerekenen van voorraden
ruwe aardolie en aardolieprodukten

Der Bundesminister für Wirtschaft
der Bundesrepublik Deutschland
und

der Minister van Economische Zaken der Niederlande

De Bundesminister für Wirtschaft
van de Bondsrepubliek Duitsland
en

de Minister van Economische Zaken van Nederland,

sind im Hinblick darauf, daß

- die durch das Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen vom 9. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1217) in der jeweils geltenden Fassung in der Bundesrepublik Deutschland vorgeschriebene Vorratspflicht für Erdölerzeugnisse nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes mit Beständen erfüllt werden kann, die sich in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften befinden, soweit durch entsprechende Übereinkommen oder auf Grund von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften sichergestellt ist, daß solche Bestände den Zwecken der Vorratspflicht in gleicher Weise wie Bestände in der Bundesrepublik Deutschland nutzbar gemacht werden können,
- Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1968 (ABl. Nr. L 308 vom 23. 12. 1968, S. 14/16) zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten der EWG, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten, die Anrechenbarkeit von im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates befindlichen Beständen im Rahmen besonderer zwischenstaatlicher Übereinkommen vorsieht,
- die Mineralölmärkte beider Länder auf Grund ihrer besonderen geographischen Lage und des bestehenden leistungsfähigen Versorgungsnetzes eng miteinander verflochten sind,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) In den Niederlanden befindliche Transitbestände an Erdöl, Halbfertigerzeugnissen und bevorratungspflichtigen Erdölerzeugnissen, über die ein Unternehmer mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland (deutscher Unternehmer) aus Eigentum oder Miteigentum oder aus einem sonstigen Rechtsgrund verfügbare berechtigt ist, werden von dem Minister van Economische Zaken weder im Rahmen der nationalen Bevorratungsregelung als Bestände von Unternehmern mit Sitz in den Niederlanden angerechnet noch in die Bestandsmeldungen gegenüber der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gegenüber den Europäischen Gemeinschaften einbezogen und können von vorratspflichtigen deutschen Unterneh-

overwegende dat

- de bij de Wet betreffende Minimumvoorraden Aardolieprodukten van 9 september 1965 (Bundesgesetzblatt I S. 1217), in de dan geldende redactie, in de Bondsrepubliek voorgeschreven verplichting tot het aanhouden van voorraden aardolieprodukten vlg. paragraaf 4, lid 2 van deze wet kan worden nagekomen door middel van voorraden, die zich in andere lid-staten van de Europese Gemeenschappen bevinden, voorzover door ter zake dienende overeenkomsten of op grond van richtlijnen van de Europese Gemeenschappen de zekerheid bestaat, dat zulke voorraden op dezelfde wijze dienstbaar gemaakt kunnen worden aan de doelstellingen van de voorraadplicht als in de Bondsrepubliek aanwezige voorraden,
- artikel 6, lid 2 van de richtlijn van de Raad van Europese Gemeenschappen van 20 december 1968 (Pb. nr. L 308 van 23-12-1968, blz. 14/16) houdende de verplichting van de lid-staten van de EEG om minimumvoorraden ruwe aardolie en/of aardolieprodukten in opslag te houden, voorziet in het meerekenen van op het grondgebied van een andere lid-staat aanwezige voorraden binnen het kader van speciale intergouvernementele overeenkomsten,
- de aardoliemarkten van beide landen op grond van hun bijzondere geografische ligging en het aanwezige hoogontwikkelde distributienet nauw met elkaar verflochten zijn,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

(1) In Nederland aanwezige transitvoorraden ruwe aardolie, halfabrikaten en onder de voorraadplicht vallende aardolieprodukten, waarover een in de Bondsrepubliek Duitsland gevestigde ondernemer (duitse ondernemer) wegens eigendom of medeëigendom of op een andere rechtsgrond de bevoegdheid heeft te beschikken, worden door de Minister van Economische Zaken noch in het kader van de nationale voorraadregeling als voorraden van in Nederland gevestigde ondernemers meegeteld, noch in de voorraadopgaven aan de Organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling en aan de Europese Gemeenschappen opgenomen en kunnen door voorraadplichtige duitse ondernemers voor de vol-

mern auf die nach dem Gesetz über Mindestvorräte an Erdölzeugnissen zu haltenden Vorräte angerechnet werden. Transitbeständen gleichgestellt sind Bestände, die in den Niederlanden von einem deutschen Unternehmer außerhalb des freien Verkehrs einem niederländischen Unternehmer zur Verarbeitung für Rechnung des deutschen Unternehmers zur Verfügung gestellt sind (Lohnverarbeitung) sowie die hieraus hergestellten Halbfertigerzeugnisse und bevorratungspflichtigen Erdölzeugnisse. Satz 2 gilt jedoch nur, wenn die Lohnverarbeitung dem Minister van Economische Zaken unter Angabe

- a) der insgesamt zu verarbeitenden Menge an Erdöl und Halbfertigerzeugnissen,
- b) der Art und Menge der voraussichtlich anfallenden bevorratungspflichtigen Erdölzeugnisse und
- c) der Laufzeit des Lohnverarbeitungsvertrages angezeigt worden ist.

(2) Absatz 1 findet sinngemäß Anwendung auf Bestände, die sich an Bord von Seeschiffen befinden, sofern die Hafensformalitäten in dem niederländischen Hafen abgeschlossen worden sind.

(3) Unter niederländischer Zoll- oder Steueraufsicht befindliche Bestände an Erdöl, in den Niederlanden hergestellten Halbfertigerzeugnissen und bevorratungspflichtigen Erdölzeugnissen können, auch wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht vorliegen, angerechnet werden, sofern

- a) 1. der deutsche Unternehmer über diese Bestände aus Eigentum oder Miteigentum oder aus einem sonstigen Rechtsgrund Verfügungsberechtigt ist oder
2. der einzelne Bestand mindestens 1 000 t beträgt und der aus Eigentum, Miteigentum oder der aus einem sonstigen Rechtsgrund Verfügungsberechtigte sich schriftlich verpflichtet hat, den Bestand mindestens für die Dauer des folgenden Kalendervierteljahres für einen deutschen Unternehmer zur Verfügung zu halten,

und

- b) der Minister van Economische Zaken der Anrechnung für die Dauer des Kalendervierteljahres, für das die Zustimmung beantragt wird, schriftlich zugestimmt hat. Der Minister van Economische Zaken wird der Anrechnung auf Antrag des niederländischen Unternehmers, bei dem die Bestände lagern (Buchstabe a) Nr. 1) oder der die Verpflichtungserklärung abgibt (Buchstabe a) Nr. 2), zustimmen, wenn dieser die in den Niederlanden geltenden Bevorratungsbestimmungen beachtet hat. Der Antrag muß spätestens 10 Werkstage vor Beginn des Kalendervierteljahres vorgelegt werden. Der Minister van Economische Zaken wird seine Entscheidung über den Antrag bis spätestens zu Beginn des Kalendervierteljahres dem Antragsteller bekanntgeben. Beabsichtigt der Minister van Economische Zaken Konsultationen nach Absatz 4 einzuleiten, so wird er in den einzelnen Bestandsgruppen zunächst nur der Anrechnung der in Absatz 4 bezeichneten Mindestmenge zustimmen.

(4) Sollte das Volumen der Bestände, für die nach Absatz 3 die Zustimmung des Ministers van Economische Zaken erforderlich ist, einen Stand erreichen, der im Hinblick auf die in den Niederlanden befindlichen Gesamtbestände an Erdöl, Halbfertigerzeugnissen und bevorratungspflichtigen Erdölzeugnissen sowie mit Rücksicht auf die Entwicklung der niederländischen Mineralölaufuhren nach anderen Ländern als unverträglich hoch anzusehen ist, so wird der Minister van Economische Zaken unverzüglich Konsultationen über eine Begrenzung der

gens de wet op het aanhouden van minimumvoorraden aardolieproducten aan te houden voorraden meegerekend worden. Met transitovoorraden zijn gelijkgesteld die voorraden, die in Nederland door een duitse ondernemer van buiten het vrije verkeer aan een nederlandse ondernemer ter beschikking zijn gesteld om door deze voor rekening van de duitse ondernemer verwerkt te worden (loonverwerking), alsook de daarvan vervaardigde half-fabrikaten en voorraadplichtige aardolieproducten. Het in zin 2 gestelde geldt echter alleen, als van de loonverwerking kennis is gegeven aan de Minister van Economische Zaken onder vermelding

- a) van de in totaal te verwerken hoeveelheid ruwe aardolie en halfabrikaten,
- b) van de soort en hoeveelheid van de naar schatting te verkrijgen, onder de voorraadplicht vallende aardolieproducten en
- c) van de looptijd van de loonverwerkingsovereenkomst.

(2) Lid 1 is van overeenkomstige toepassing op voorraden die zich aan boord van zeeschepen bevinden, voorzover de havenformaliteiten in de nederlandse haven vervuld zijn.

(3) Onder nederlands douane- of accijnstoezicht staande voorraden ruwe aardolie, in Nederland vervaardigde half-fabrikaten en onder de voorraadplicht vallende aardolieproducten kunnen, ook wanneer de in lid 1 genoemde voorwaarden niet vervuld zijn, meegerekend worden, voorzover

- a) 1. de duitse ondernemer over deze voorraden wegens eigendom of medeëigendom of op een andere rechtsgrond de bevoegdheid heeft te beschikken, of
2. de afzonderlijke voorraad minstens 1.000 ton bedraagt en degene die wegens eigendom, medeëigendom of op een andere rechtsgrond de bevoegdheid heeft te beschikken, zich schriftelijk verbonden heeft, de voorraad minstens voor de duur van het volgende kwartaal voor een duitse ondernemer beschikbaar te houden,

en

- b) de Minister van Economische Zaken schriftelijk goedkeuring heeft verleend voor het meerekenen van deze voorraden voor de duur van het kwartaal waarvoor de toestemming wordt aangevraagd. De Minister van Economische Zaken zal het meerekenen op verzoek van de nederlandse ondernemer bij wie de voorraden zijn opgeslagen (letter a) no. 1) of die de verplichtingsverklaring (letter a) no. 2) verstrekt, goedkeuren, wanneer deze de in Nederland geldende voorraadbepalingen in acht genomen heeft. Het verzoek moet uiterlijk 10 werkdagen voor het begin van het kwartaal worden ingediend. De Minister van Economische Zaken zal zijn beslissing over het verzoek uiterlijk aan het begin van het kwartaal ter kennis van de indiener brengen. Is de Minister van Economische Zaken voornemens de in lid 4 bedoelde consultaties te beginnen, dan zal hij voor de afzonderlijke voorraadcategorieën aanvankelijk alleen het meerekenen van de in lid 4 bedoelde minimumhoeveelheid goedkeuren.

(4) Mocht de omvang van de voorraden, waarvoor volgens lid 3 de goedkeuring van de Minister van Economische Zaken vereist is, een niveau bereiken dat met het oog op de totale in Nederland aanwezige voorraden ruwe aardolie, halfabrikaten en onder de voorraadplicht vallende aardolieproducten en rekening houdend met de ontwikkeling van de nederlandse aardolie-uitvoer naar andere landen als onverantwoord hoog moet worden beschouwd, dan zal de Minister van Economische Zaken onverwijld consultaties met de Bundesminister für Wirt-

Anrechenbarkeit dieser Bestandsmengen für das laufende Kalendervierteljahr mit dem Bundesminister für Wirtschaft aufnehmen. Diese Konsultationen müssen spätestens 5 Wochen nach Beginn des Kalendervierteljahres beantragt sein und innerhalb einer Woche nach Eingang des Antrages stattfinden. Das anrechenbare Volumen in den einzelnen Bestandsgruppen darf die Mengen nicht unterschreiten, deren Anrechnung der Minister von Economische Zaken im Durchschnitt der letzten vier Kalendervierteljahre zugestimmt hat. Der Minister von Economische Zaken verpflichtet sich, diese Schutzklausel nur in Fällen zwingender Notwendigkeit vorübergehend anzuwenden.

(5) Bestände nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3, die bei vorratspflichtigen niederländischen Unternehmern lagern, müssen in deren Bestandsmeldungen gegenüber dem Minister von Economische Zaken als Bestände deutscher Unternehmer ausgewiesen werden.

Artikel 2

(1) Falls in der Erdölversorgung der Niederlande Schwierigkeiten auftreten (Versorgungskrise), findet Artikel 1 Absatz 1 und 2 weiterhin Anwendung, es sei denn, der deutsche Unternehmer hat an den Beständen erst nach Ausbruch der Versorgungskrise und nach Verbringung in die Niederlande Eigentum, Miteigentum oder die Verfügungsberechtigung aus sonstigem Rechtsgrund erlangt. Soweit Artikel 1 Absatz 1 und 2 keine Anwendung findet, können die Bestände nach Ausbruch der Versorgungskrise nur mit besonderer schriftlicher Zustimmung des Ministers von Economische Zaken auf die nach dem Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen zu haltenden Vorräte angerechnet werden.

(2) Bereits erteilte Zustimmungen des Ministers von Economische Zaken nach Artikel 1 Absatz 3 werden durch den Ausbruch der Versorgungskrise nicht berührt. Im übrigen findet Absatz 1 Satz 2 auf diese Bestände sinngemäß Anwendung.

(3) Der Minister von Economische Zaken wird die besondere Zustimmung auf Antrag des niederländischen Unternehmers, bei dem die Bestände lagern oder der eine Verpflichtungserklärung abgibt (Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a) Nr. 2.), erteilen, wenn dies im Hinblick auf die voraussichtlichen Auswirkungen der Versorgungskrise auf die Vorratshaltung in den Niederlanden und unter angemessener Berücksichtigung der Mineralölaufuhren nach anderen Ländern vertretbar ist.

(4) Auf Antrag des Bundesministers für Wirtschaft finden in Versorgungskrisen Konsultationen über die Anrechnung von Beständen an Erdöl, Erdölerzeugnissen und Halbfertigerzeugnissen statt. Die Konsultationen müssen innerhalb einer Woche nach Eingang des Antrages aufgenommen werden.

Artikel 3

(1) Die Verpflichtungserklärung nach Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a) Nr. 2. muß folgende Angaben enthalten:

1. Art und Menge der Bestände,
2. die genaue Bezeichnung der örtlichen Lage des Lagers, in dem sich die Bestände befinden,
3. Name und Anschrift des niederländischen Unternehmers, der die Verpflichtungserklärung abgibt,
4. ein kalendermäßig bestimmter Zeitraum von mindestens einem Kalendervierteljahr, für den die Verpflichtung gilt,

schaft beginnen over een begrenzing van het meerekenen van deze voorraden voor het lopende kwartaal. Het voorstel tot zulke consultaties moet uiterlijk 5 weken na het begin van het kwartaal zijn ingediend; deze consultaties moeten dan binnen een week na ontvangst van het voorstel plaatsvinden. De omvang van de voorraden welke voor de afzonderlijke voorraadcategorieën meegerekend kunnen worden, mag niet geringer zijn dan het gemiddelde van de hoeveelheden der laatste vier kwartalen voor het meerekenen waarvan de Minister van Economische Zaken goedkeuring heeft verleend. De Minister van Economische Zaken verbindt zich deze beschermingsclausule alleen in dringend noodzakelijke gevallen tijdelijk toe te passen.

(5) Voorraden volgens lid 1, zin 2 en volgens lid 3, die zijn opgeslagen bij voorraadplichtige nederlandse ondernemers moeten in hun aan de Minister van Economische Zaken te verstrekken voorraadopgaven als voorraden van dutse ondernemers aangegeven worden.

Artikel 2

(1) Ingeval zich in de aardolievoorziening van Nederland moeilijkheden voordoen (voorzieningscrisis), blijft artikel 1, lid 1 en 2 van toepassing, tenzij de dutse ondernemer pas na het ontstaan van de voorzieningscrisis en na de aankomst der voorraden in Nederland eigendom, medeëigendom of de beschikkingsbevoegdheid op een andere rechtsgrond verkrijgt. Voorzover artikel 1, lid 1 en 2 niet van toepassing is, kunnen de voorraden na het ontstaan van de voorzieningscrisis alleen met speciale schriftelijke toestemming van de Minister van Economische Zaken voor de volgens de Wet betreffende Minimumvoorraden Aardolieproducten aan te houden voorraden meegerekend worden.

(2) Reeds door de Minister van Economische Zaken volgens artikel 1, lid 3 verleende goedkeuringen worden door het ontstaan van de voorzieningscrisis niet aangetaast. Voor het overige is lid 1, zin 2 ten aanzien van deze voorraden van overeenkomstige toepassing.

(3) De Minister van Economische Zaken zal de speciale toestemming op verzoek van de nederlandse ondernemer, bij wie de voorraden zijn opgeslagen of die een verplichtingsverklaring afgeeft (artikel 1, lid 3, letter a) no. 2), verlenen, wanneer dit met het oog op de vermoedelijke gevolgen van de voorzieningscrisis voor het aanhouden van voorraden in Nederland en met passende inachtneming van de aardolie-uitvoer naar andere landen, verantwoord is.

(4) Op voorstel van de Bundesminister für Wirtschaft vinden tijdens voorzieningscrises consultaties plaats over het meerekenen van voorraden ruwe aardolie, aardolieproducten en halffabrikaten. De consultaties moeten binnen een week na de ontvangst van het voorstel beginnen.

Artikel 3

(1) In de verplichtingsverklaring volgens artikel 1, lid 3, letter a) no. 2, dienen de volgende gegevens te zijn opgenomen:

1. soort en hoeveelheid van de voorraden,
2. nauwkeurige aanduiding van de ligging van de opslagruimte, waarin de voorraden zich bevinden,
3. naam en adres van de nederlandse ondernemer die de verplichtingsverklaring verstrekt,
4. een volgens de kalender vastgestelde periode van minstens een kwartaal, gedurende welke de verplichting van kracht is,

5. Zeitpunkt der Ausstellung der Verpflichtungserklärung,
6. Name und Anschrift des deutschen Unternehmers, für den die Bestände gehalten werden.

(2) Die Verpflichtungserklärung ist den Anträgen nach Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe b) und Artikel 2 Absatz 3 in Ablichtung beizufügen.

Artikel 4

(1) Der Antrag nach Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe b) muß folgende Angaben enthalten:

1. Art und Menge der Bestände,
2. die genaue Bezeichnung der örtlichen Lage des Lagers, in dem sich die Bestände befinden,
3. Name und Anschrift des Antragstellers,
4. Name und Anschrift des deutschen Unternehmers, der die Bestände anrechnen wird,
5. das Kalendervierteljahr, für das die Zustimmung beantragt wird.

(2) Absatz 1 findet sinngemäß Anwendung auf Anträge nach Artikel 2.

Artikel 5

Hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle der anrechenbaren Bestände wird wie folgt verfahren:

1. Der Minister van Economische Zaken erhält von dem Bundesminister für Wirtschaft für jedes abgelaufene Kalendervierteljahr eine Übersicht über die in den Niederlanden befindlichen und von deutschen Unternehmern im Rahmen des Gesetzes über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen angerechneten Bestände an Erdöl, Halbfertigerzeugnissen und Erdölerzeugnissen, aufgliedert nach den in Artikel 1 Absatz 1 bis 3 bezeichneten Bestandskategorien. Bestände, für die nach Artikel 2 eine besondere Zustimmung erteilt worden ist, werden gesondert aufgeführt. Die Übersicht wird dem Minister van Economische Zaken spätestens sechs Wochen nach Ablauf des jeweiligen Kalendervierteljahres übersandt und enthält für jedes Lager eine genaue Bezeichnung seiner örtlichen Lage, Name und Anschrift des niederländischen Unternehmers, bei dem die Bestände lagern, sowie Angaben über Art und Menge der Bestände.
2. Der Minister van Economische Zaken überprüft diese Angaben und teilt dem Bundesminister für Wirtschaft die Fälle mit, in denen Bestände gemeldet worden sind, die nicht den Voraussetzungen der Artikel 1 und 2 entsprechen. Die von dem Minister van Economische Zaken beanstandeten Bestände können von den deutschen Unternehmern im Rahmen des Gesetzes über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen vorbehaltlich einer späteren Anerkennung durch den Minister van Economische Zaken nicht angerechnet werden.
3. Der Minister van Economische Zaken prüft im Rahmen der ihm zustehenden Befugnisse auf Ersuchen des Bundesministers für Wirtschaft in Einzelfällen das Vorhandensein der in den Übersichten angegebenen Vorräte und teilt dem Bundesminister für Wirtschaft das Ergebnis dieser Prüfung mit.

Artikel 6

Die Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 finden sinngemäß Anwendung auf die Anrechnung von Beständen an Erdöl, Halbfertigerzeugnissen und Erdölerzeugnissen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland befinden,

5. tijdstip van de afgifte van de verplichtingsverklaring,
6. naam en adres van de duitse ondernemer, voor wie de voorraden worden aangehouden.

(2) Een fotocopie van de verplichtingsverklaring moet aan de verzoeken volgens artikel 1, lid 3, letter b) en volgens artikel 2, lid 3 worden toegevoegd.

Artikel 4

(1) Het verzoek volgens artikel 1, lid 3, letter b) moet de volgende gegevens bevatten:

1. soort en hoeveelheid van de voorraden,
2. nauwkeurige aanduiding van de ligging van de opslagruimte, waarin de voorraden zich bevinden,
3. naam en adres van de aanvrager,
4. naam en adres van de duitse ondernemer, die de voorraden zal meerekenen,
5. het kwartaal, waarvoor de goedkeuring wordt aangevraagd.

(2) Lid 1 is van overeenkomstige toepassing op verzoeken volgens artikel 2.

Artikel 5

Ten aanzien van de registratie en contrôle van de voorraden die meegerekend kunnen worden, wordt als volgt gehandeld:

1. De Minister van Economische Zaken ontvangt van de Bundesminister für Wirtschaft over elk verstreken kwartaal een overzicht van de in Nederland aanwezige en door duitse ondernemers in het kader van de Wet betreffende Minimumvoorraden Aardolieprodukten meegerekende voorraden aardolie, halfabrikaten en aardolieprodukten, gespecificeerd naar de in artikel 1, lid 1 tot en met 3 genoemde voorraadcategorieën. Voorraden, waarvoor volgens artikel 2 een speciale goedkeuring verstrekt is, worden afzonderlijk aangegeven. Het overzicht wordt uiterlijk zes weken na het verstrijken van elk kwartaal aan de Minister van Economische Zaken toegezonden en het bevat voor elke opslagruimte een nauwkeurige aanduiding van de ligging, naam en adres van de nederlandse ondernemer, bij wie de voorraden opgeslagen zijn, alsmede gegevens omtrent soort en omvang van de voorraden.
2. De Minister van Economische Zaken controleert deze gegevens en geeft de Bundesminister für Wirtschaft kennis van de gevallen, waarin voorraden zijn opgegeven, die niet voldoen aan de in artikel 1 en 2 gestelde voorwaarden. De voorraden, waarop de Minister van Economische Zaken aanmerkingen heeft gemaakt, kunnen door de duitse ondernemers in het kader van de Wet betreffende Minimumvoorraden Aardolieprodukten, behoudens een latere akkoordbevinding door de Minister van Economische Zaken, niet meegerekend worden.
3. De Minister van Economische Zaken controleert binnen het kader van zijn bevoegdheden op verzoek van de Bundesminister für Wirtschaft in bepaalde gevallen de aanwezigheid van de in de overzichten aangegeven voorraden en deelt de Bundesminister für Wirtschaft het resultaat van dit onderzoek mede.

Artikel 6

De bepalingen der artikelen 1 tot en met 5 zijn van overeenkomstige toepassing op het meerekenen van in de Bondsrepubliek aanwezige voorraden ruwe aardolie, halfabrikaten en aardolieprodukten door ondernemers

durch Unternehmer zur Erfüllung ihrer in den Niederlanden bestehenden Vorratspflichten und auf die Einbeziehung in die Bestandsmeldungen gegenüber der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gegenüber den Europäischen Gemeinschaften.

Artikel 7

Außerhalb der in Artikel 1 Absatz 4 und Artikel 2 Absatz 4 bezeichneten Fälle können auf Antrag einer der Vertragsparteien auch Fragen der Auslegung und Anwendung dieses Abkommens in Konsultationen behandelt werden.

Artikel 8

Während der ersten drei Kalendervierteljahre nach Inkrafttreten des Abkommens findet Artikel 1 Absatz 4 Satz 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß bei der Ermittlung der anrechenbaren Mindestmengen die vor Inkrafttreten des Abkommens in den Niederlanden befindlichen und dem Minister van Economische Zaken für die einzelnen Kalendervierteljahre mitgeteilten Bestände — mit Ausnahme der Transitbestände — entsprechend berücksichtigt werden.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht der Bundesminister für Wirtschaft gegenüber dem Minister van Economische Zaken innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

Dieses Abkommen tritt am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn/Den Haag am 18. Dezember 1970 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundesminister für Wirtschaft
der Bundesrepublik Deutschland
De Bundesminister für Wirtschaft
van de Bondsrepubliek Duitsland

Schiller

Der Minister van Economische Zaken der Niederlande
De Minister van Economische Zaken van Nederland

R. J. Nelissen

ter vervulling van hun in Nederland bestaande voorraadverplichtingen en op het opnemen in de voorraadopgaven aan de Organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling en aan de Europese Gemeenschappen.

Artikel 7

Buiten de in artikel 1 lid 4 en artikel 2 lid 4 genoemde gevallen kunnen op voorstel van één der contracterende partijen ook kwesties betreffende de interpretatie en de toepassing van dit akkoord in consultaties behandeld worden.

Artikel 8

Gedurende de eerste drie kwartalen, nadat dit akkoord van kracht is geworden, wordt artikel 1, lid 4, zin 3 in diër voege toegepast, dat bij het vaststellen van de mee te rekenen minimum-hoeveelheden de vóór het inwerkingtreden van het akkoord in Nederland aanwezige en aan de Minister van Economische Zaken over de afzonderlijke kwartalen opgegeven voorraden — met uitzondering van de transitvoorraden — op overeenkomstige wijze in aanmerking worden genomen.

Artikel 9

Dit akkoord geldt ook voor de deelstaat Berlijn, voorzover de Bundesminister für Wirtschaft aan de Minister van Economische Zaken binnen drie maanden na het van kracht worden van het akkoord niet een tegengestelde verklaring geeft.

Artikel 10

Dit akkoord treedt op de dag van ondertekening in werking.

GEDAAN te Bonn/Den Haag op 18 december 1970 in twee originele exemplaren, elk in de duitse en de nederlandse taal, waarbij elke tekst in gelijke mate bindend is.

Der Bundesminister für Wirtschaft

Der Minister van Economische Zaken
der Niederlande

Bonn, den 18. Dezember 1970

Den Haag, den 18. Dezember 1970

Herr Minister,

im Anschluß an die heutige Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister van Economische Zaken der Niederlande über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen bestätige ich unser Einvernehmen, daß das in der Bevorratungsrichtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1968 hierfür vorgesehene „besondere zwischenstaatliche Übereinkommen“ zunächst in der Form eines Ressortabkommens abgeschlossen wird, um möglichst schnell eine vertragliche Grundlage für die angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung der Mineralölmärkte unserer beiden Länder erwünschte gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen zu schaffen. Mit Ihnen bin ich der Auffassung, daß es sich hierbei um eine Übergangsregelung handelt, die alsbald durch ein mit Zustimmung des Parlaments abgeschlossenes Regierungsabkommen über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen abgelöst werden soll.

Bis dahin bleiben die Rechte des Parlaments unberührt.

Die Verhandlungen haben ferner Übereinstimmung darüber ergeben, daß als Transitbestände im Sinne dieses Abkommens nur solche Bestände an Erdöl, Halbfertigerzeugnissen und Erdölerzeugnissen anzusehen sind, die den Voraussetzungen der Verordnung (EWG) Nr. 542/69 des Rates vom 18. März 1969 über das gemeinschaftliche externe Versandverfahren oder den Richtlinien des Rates vom 4. März 1969 zur Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Zolllager (69/74 EWG) und über Freizonen (69/75 EWG) entsprechen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Schiller

Seiner
Exzellenz dem niederländischen
Wirtschaftsminister
Herrn Dr. R. J. Nelissen
s - G r a v e n h a g e
Bezuidenhoutseweg 30

Herr Minister,

hiermit bestätige ich den Empfang Ihres Briefes vom heutigen Tage anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Minister van Economische Zaken der Niederlande und dem Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen.

Ich stimme mit Ihnen überein, daß es sich bei dem Abkommen um eine Übergangsregelung handelt, die alsbald durch ein mit Zustimmung des Parlaments abgeschlossenes Regierungsabkommen über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen abgelöst werden soll. Gleichfalls teile ich die in Ihrem Brief dargelegte Bestimmung des Begriffes „Transitbestände“ im Sinne dieses Abkommens.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

R. J. Nelissen

Seiner Exzellenz dem
Bundesminister für Wirtschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Professor Dr. Karl Schiller
53 Bonn

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortlaufend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,65 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 3 99, oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe 0,65 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.